

Ausgewogen sparen: Bevölkerung mit teils kreativen Vorschlägen

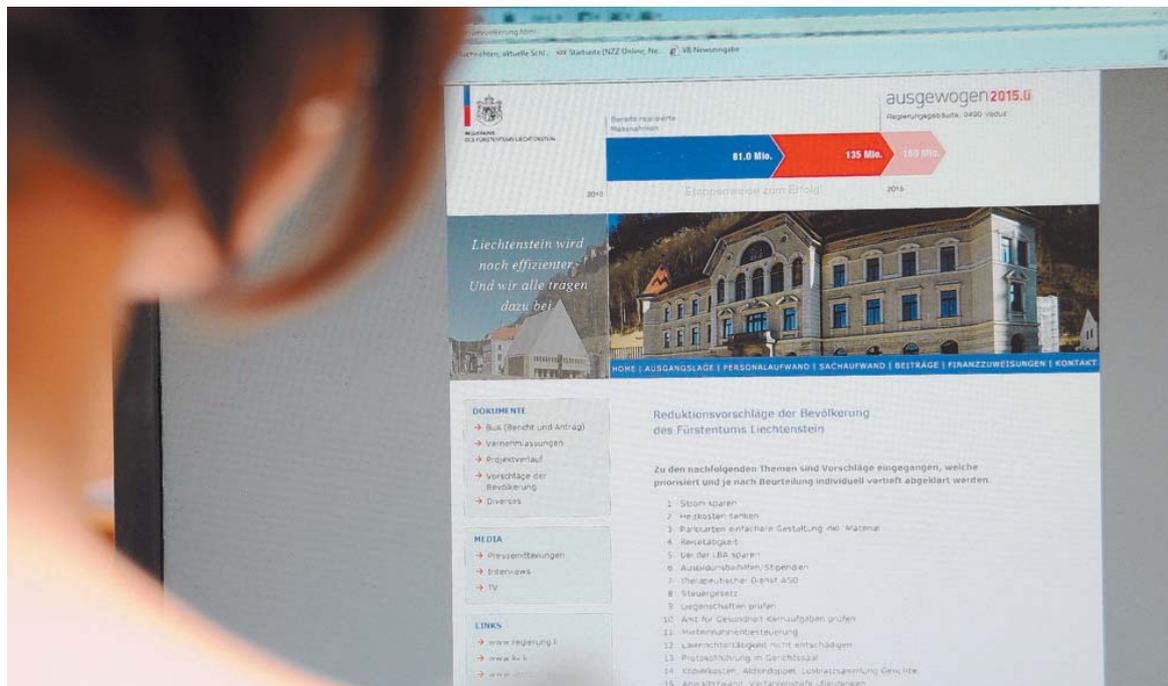
Sparmassnahmen Seit Februar ist die Regierungshomepage «ausgewogen2015.li» im Netz. Mittlerweile wurden dort über 300 Sparvorschläge aus der Bevölkerung veröffentlicht. Nicht alle dürften ernst gemeint sein. Fast alle aber dürften auf wenig Gegenliebe stossen.

VON HOLGER FRANKE

«**M**ittagessen beim ersten Arbeitstag weglassen» oder auch «Zusammenklappbarer Becher für jede Person» – zumindest diese beiden der insgesamt 301 Sparvorschläge aus der Bevölkerung dürften wohl noch für ein Schmunzeln sorgen. Gerade erst hat der Landtag das Budget für das kommende Jahr mit einem Minus von 81 Millionen Franken verabschiedet, die Regierung denkt derzeit darüber nach, wie neue Löcher im Staatshaushalt gestopft werden könnten und schon macht das böse Wort der Steuererhöhung die Runde: All dies müsste vielleicht gar nicht sein, denn bei den anderen 299 Sparvorschlägen aus der Bevölkerung ist schnell Schluss mit lustig.

Sparen beim Staatsapparat

Irgendwie ist es bezeichnend, dass die Regierung die Bevölkerung aufgerufen hatte, Sparvorschläge einzureichen. Schliesslich hätte man das Volk ja auch um Rat fragen können, wie man die Einnahmenseite steigern könnte. Doch die Prioritäten waren klar gesteckt: «Unser gemeinsames Ziel ist es, in den kommenden fünf Jahren nachhaltige Einsparungsmöglichkeiten zu finden, um auch in der Zukunft Mittel für wichtige Investitionen in Liechtenstein frei zu bekommen», hatte Regierungschef und Finanzminister Klaus Tschütscher im Februar gesagt. Da hat es schon eine gewisse Ironie, dass die Bevölkerung grösstes Einsparpotenzial gleich einmal



Über 300 Sparvorschläge aus der Bevölkerung sind auf der Regierungshomepage aufgeführt. Einiges ist bereits in Umsetzung, vieles dürfte politisch kaum machbar sein. Doch was ist eigentlich mit der Einnahmenseite? (Foto: HF)

im Staatsapparat sieht: Budgetkürzungen bei Landtag und Regierung lautet da zum Beispiel ein Vorschlag. Da könnte man doch auch gleich noch die Anzahl der Abgeordneten reduzieren, meint ein anderer. Noch drastischer: 30 Prozent des Staatspersonals sollte entlassen werden, lautet ein weiterer Vorschlag. Dies könnte zwar eventuell stamtmischfähig sein, dürfte aber die Arbeitslosenversicherung stark belasten und das Einsparpotenzial dann doch wieder relativieren.

Mietzinseinnahmen besteuern?

Würden die folgenden Vorschläge umgesetzt, kämen besonders auf die Bediensteten der Landesverwaltung harte Zeiten zu: Weitere Ämter zusammenlegen, Personalkosten prüfen, Stromverbrauch verringern, Verzicht auf Zulagen und Besitzstandswahrungen, Dienstreisen nur noch in der 2. Klasse, Geschenke und den Verwaltungsabend streichen. Ein Vorschlag sieht sogar vor, dass die Lifts in der Landesverwal-

tung stillgelegt werden sollten. Aber auch zu vielen weiteren Lebensbereichen gibt es Sparvorschläge. Dass Treppenhäuser nur noch einmal pro Woche gereinigt werden sollten, könnte noch akzeptabel sein. Dass Büros nur noch bis maximal 18 Grad geheizt werden sollten, dürfte schon Diskussionen auslösen. Aber man darf sehr gespannt sein, ob die Politik einige der folgenden Vorschläge aus der Bevölkerung aufgreift: Mieteinnahmenbesteuerung, Rentenvorbezug prüfen, beim Kindergeld sparen, Streichung der 13. AHV-Rente, Sparmassnahmen bei der Kunst und im Strassenbau, Abschaffung der Entwicklungshilfe, Überprüfung der Unterstützung aller Vereine, Überprüfung der Subventionen im Rahmen des Energieeffizienzgesetzes, Hinterfragung des Profisports, Einführung einer Strassensteuer, Fusion im Feuerwehrewesen, Überprüfung der Wohnbauförderung und viele weitere Massnahmen, die allesamt bestens geeignet wären, sich gleichzeitig ins politische Ab-

seits zu drängen und den Zorn der jeweilig betroffenen Bevölkerungsgruppen auf sich zu ziehen.

Was wird aus all den Vorschlägen?

Gespart werden könnte quasi überall – zumindest könnte man dies anhand der Vorschläge aus der Bevölkerung meinen. Selbst bei den Medien, aber auch beim Amt für Kommunikation, wie da jemand meint. Einsparpotenzial orten andere dagegen auch bei der LBA: Jemand schlägt gar vor, dass die Busse an Sonn- und Feiertagen nicht mehr fahren sollten. Mit der Seite «ausgewogen2015.li» hat sich die Regierung möglicherweise einen Bären dienst erwiesen. Zu Recht wird man fragen, was aus all den Vorschlägen geworden ist, die noch nicht umgesetzt wurden. Ausser man kommt dem Vorschlag mit der Nummer 53 nach, der die Kosten dieser Homepage selbst infrage stellt. Oder vielleicht kommt ja doch noch irgendwann eine weitere Homepage, die sich mit der Einnahmenseite beschäftigt.